

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Jugend und Soziales der Stadt Baesweiler vom 06.03.2012 im Sitzungssaal des Rathauses Setterich

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19.25 Uhr

Anwesend waren:

a) stimmberechtigte Mitglieder:

Burghardt, Jürgen -Vorsitzender-
Baumann, Marita
Kick, Andreas
Schmitz, Hendrik
Hummes, Dieter für Scheen, Wolfgang
Schmitz, Andreas für von Ameln, Rainer
Berlin, Helga für Geller, Thomas
Möller, Hartmut
Faßbinder, Stefan für Pelzer, Bernd
Mohr, Christoph für Timmermanns, Peter
Bockmühl, Gabriele
Meißner, Elisabeth
Fritsch, Dieter für Goedderz, Thomas
Esser-Beele, Heike
Jumpertz, Sabine

b) sachkundige Einwohner:

Gilles, Käthe
Nüsser, Ulrike
Kriz, Rosemarie
Kick, Willi
Akkas, Reyhan

c) Es fehlten entschuldigt:

Wolfgramm, Eva
Wegner, Tanja
Johnen, Hans
Trigoso, Jorge

d) von der StädteRegion Aachen:

Frau Marianne Werden-Bergs
Frau Evelyn Warkentin

e) von der Verwaltung:

Herr Beigeordneter Frank Brunner
Frau Angelika Breuer -Amt 50-
Frau Jennifer Wüllenweber -Schriftführerin-
Herr Martin Dohlen -Auszubildender-

Die Mitglieder des Ausschusses für Jugend und Soziales waren mit Einladung vom 07.02.2012 für Dienstag, den 06.03.2012, 18:00 Uhr, unter Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen worden.

Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht.

Tagesordnung:

A) Öffentliche Sitzung

1. Kenntnisnahme der Niederschrift des Ausschusses für Jugend und Soziales vom 22.11.2011
2. Einführung und Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin
3. Vorstellung einzelner Fachbereiche des Jugendamtes der StädteRegion Aachen;
hier: Babybesuchsdienst
4. Projekt "Soziale Stadt Setterich-Nord";
hier: Planungen zum Betrieb des Hauses Setterich
5. Planungsstand zur Woche der Jugend 2012
6. Baesweiler Familienspielefest;
hier: Rückblick 2011 und Planung 2012
7. Freibadbus
8. Mitteilungen der Verwaltung
9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) Nichtöffentliche Sitzung

10. Schüler-Jobbörse Baesweiler;
hier: Antrag auf Mitfinanzierung vom 22.02.2012
11. Mitteilungen der Verwaltung
12. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Um 18:00 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Sitzung, begrüßte die erschienenen Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Damen und Herren des Jugendamtes der StädteRegion Aachen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadteilbüros DRK sowie die Presse.

A) Öffentliche Sitzung

1. Kenntnisnahme der Niederschrift des Ausschusses für Jugend und Soziales vom 22.11.2011

Der Vorsitzende erkundigte sich, ob bezüglich der Niederschrift zur Ausschusssitzung am 22.11.2011 neue Erkenntnisse oder Widersprüche vorlägen.

Seitens der Ausschussmitglieder wurden keine Anmerkungen geäußert. Die Niederschrift wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. Einführung und Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin

Der Rat der Stadt Baesweiler hat in seiner Sitzung am 31.01.2012 unter TOP 2 als Nachfolgerin für Herrn Bernd Syben, sachkundiger Einwohner des Ausschusses für Jugend und Soziales als Vertretung des Stadtverbandes Baesweiler des Deutschen Roten Kreuzes, Frau Käthe Gilles als sachkundige Einwohnerin des Ausschusses für Jugend und Soziales als Vertretung des Stadtverbandes Baesweiler des Deutschen Roten Kreuzes gewählt.

In der Sitzung wurde Frau Gilles durch den Vorsitzenden als neue sachkundige Einwohnerin eingeführt und verpflichtet. Dies geschah durch Verlesen der Verpflichtung durch den Ausschussvorsitzenden. Über die Verpflichtung wurde eine besondere Niederschrift gefertigt, die von Frau Gilles unterzeichnet wurde.

**3. Vorstellung einzelner Fachbereiche des Jugendamtes der StädteRegion Aachen;
hier: Babybesuchsdienst**

Frau Werden-Bergs, als Arbeitsgruppenleiterin des Bereiches "Soziale Dienste" und Frau Warkentin vom Amt für Kinder, Jugend und Familienberatung der StädteRegion Aachen, die im Bereich des Baby-Besuchsdienstes seit vier Jahren für die Stadt Baesweiler sowie die angehörigen Stadtteile zuständig ist,

stellten den Ausschussmitgliedern den Fachbereich "Babybesuchsdienst" anhand der der Originalniederschrift beigelegten Präsentation ausführlich vor.

Frau Warkentin schilderte ihre Tätigkeiten im Bereich des Baby-Besuchsdienstes, bei dem sie hauptsächlich Hausbesuche durchführe und dort mit Rat und Tat zur Seite stehe. Sie betonte, dass nach anfänglicher Skepsis einiger Eltern, die Besuche durch den Baby-Besuchsdienst nun gerne angenommen würden. Ihre Hauptaufgabe sei es, die Eltern beratend zu unterstützen, um vor allem evtl. rechtzeitig eine Vernachlässigung oder Verwahrlosung des Neugeborenen zu verhindern. So habe der Schutz des Kindes für sie höchste Priorität. Frau Warkentin erläuterte des Weiteren die verschiedenen Bereiche und Ziele des Baby-Besuchsdienstes und erwähnte zudem die vielen weiteren Angebote, die für Familien unterstützend in Frage kommen könnten. Abschließend machte Frau Warkentin weiter auf die vielen Angebote für Eltern mit ihren Kindern in Baesweiler aufmerksam. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob solch ein Hilfs- bzw. Unterstützungsangebot durch das Jugendamt von den Eltern schon einmal abgelehnt worden sei, konnte Frau Warkentin ganz klar bestätigen, dass das Angebot von den Eltern, die die Hilfe brauchen, sehr gut angenommen würde, da sich die Hilfestellung in den eigenen Wohnräumen abspiele und die Eltern sich somit nicht "geoutet" fühlen. Der Babybesuchsdienst mit den zahlreichen Tätigkeitsfeldern sei ein sehr erfolgreiches Projekt und es gäbe in den letzten Jahren nur sehr wenige Fälle, bei denen die Hilfe durch das Fachamt abgelehnt worden wäre, zog Frau Warkentin abschließend positive Bilanz.

Stellvertretend für die SPD-Fraktion bedankte sich Frau Bockmühl bei Frau Werden-Bergs und Frau Warkentin. Sie merkte an, dass die StädteRegion mit dieser Leistung einen wichtigen Baustein dazu leiste, dieses Thema zu "enttabuisieren". Dies bedeute, so Frau Bockmühl, dass der Baby-Besuchsdienst bei den betroffenen Eltern inzwischen zu einem festen Bestandteil geworden sei und bot die volle Unterstützung seitens der SPD-Fraktion an.

Herr Hendrik Schmitz bedankte sich im Namen der CDU-Fraktion für den ausführlichen Vortrag. Die Arbeit des Babybesuchsdienstes sei eine absolute Erfolgsgeschichte, denn man habe es inzwischen geschafft mit dieser Arbeit und dem Einsatz nicht als Kontrolleur dazustehen, sondern als Helfer. Wichtig zu erwähnen sei auch, dass die Umstände in den einzelnen Familien nicht einfacher würden. Hier verwies er z.B. auf die sogenannten "Patchworkfamilien".

Das Jugendamt leiste hier einen wichtigen Beitrag für das Kindeswohl, sicher nicht alleine wegen des Geschenkes, das man mit dem Begrüßungspaket erhalte, sondern insbesondere auch wegen der gebündelten Informationen, die an die Eltern herangetragen würden, um in der vielfältigen Gesellschaft den Überblick zu behalten.

Daraufhin bedankte sich ebenfalls Herr Mohr seitens der CDU-Fraktion und schilderte sein persönliches Erlebnis mit dem Baby-Besuchsdienst und erwähnte, dass der Besuch nicht als Kontrolle empfunden wurde. Der Ordner,

der bei dem Besuch an die Eltern überreicht werde, sei sehr wertvoll und gebe den Eltern viele interessante Informationen für das erste gemeinsame Lebensjahr.

Frau Esser-Beele von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen schloss sich den lobenden Worten dankend an. Abschließend stellte Frau Jumpertz, stellvertretend für die FDP-Fraktion die Frage, ob es viele hilfebedürftige Familien gäbe und ob es eine Statistik gäbe, die aufzeige, wie viele Familien es gibt, die Hilfe benötigen. Frau Warkentin antwortete, dass es einige Familien gäbe, die als Eltern in der neuen Rolle eine Unterstützung benötigen, jedoch sei auch zu erwähnen, dass es in Baesweiler sehr viele Familien mit klaren Strukturen gäbe.

Frau Werden-Bergs und Frau Warkentin stellten den Ausschussmitgliedern sodann noch den Informations-Ordner und den Inhalt des Begrüßungspaketes vor.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Soziales der Stadt Baesweiler nahm die Ausführungen des Fachbereiches "Babybesuchsdienst" einstimmig zur Kenntnis und bedankte sich für den Bericht.

4. Projekt "Soziale Stadt Setterich-Nord"; hier: Planungen zum Betrieb des Hauses Setterich

Herr Beigeordneter Brunner stellte die Planungen zum Betrieb des Hauses Setterich vor.

Die Stadt Baesweiler arbeite im Bereich des Stadtteilmanagements und weiterer sozialer Maßnahmen im Rahmen des Projektes "Soziale Stadt Setterich-Nord" mit dem Deutschen Roten Kreuz, Kreisverband Städteregion Aachen e.V. (vormals: DRK Kreisverband Kreis Aachen e.V.) auf Grundlage eines Kooperationsvertrages zusammen und leite die von Seiten der Bezirksregierung Köln bewilligten Zuwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen nebst städtischem Eigenanteil mittels Zuwendungsbescheiden zweckgebunden an das DRK weiter.

Das DRK, welches schon vor Beginn der Bauphase umfangreiche Befragungen von potentiellen Nutzungsinteressenten und viele Gespräche mit Vereinen, Organisationen und Gruppierungen zum Haus Setterich durchgeführt hat, solle nunmehr auch die Betriebsträgerschaft für die Bürgerbegegnungsstätte übernehmen. Hierzu solle es einen Betriebsträgervertrag zwischen Stadt und DRK geben, in dem die Aufgabenwahrnehmung geregelt wird. Des Weiteren solle ein dazugehöriges Nutzungskonzept erstellt werden, in dem die Grundsätze der Arbeit im Haus Setterich, die Nutzungen und Zielsetzungen - insbesondere auch im Hinblick auf sozialarbeiterische Ansätze- und die Strukturen dargestellt werden. Er verwies auf die ausführliche Verwaltungsvorlage, in der zu dem Nutzungskonzept und dem

Betriebsträgervertrag einige wichtige Eckpunkte beschrieben worden seien, die bei der Erarbeitung der zu schließenden Vereinbarungen aus Sicht der Verwaltung berücksichtigt werden sollen und trug einige dieser Eckpunkte in der Sitzung nochmals vor:

1. Nutzungskonzept

a) Erstellung des Nutzungskonzeptes

Grundlage für die Nutzungen solle ein Nutzungskonzept für die Bürgerbegegnungsstätte "Haus Setterich" sein, welches durch den Betriebsträger DRK und die Stadt gemeinsam erstellt werden soll.

Der Stadtteilbeirat solle im Rahmen der Erstellung des Nutzungskonzeptes angemessen beteiligt werden. Das Nutzungskonzept solle nach Vorberatung im Ausschuss für Jugend und Soziales im Rat der Stadt Baesweiler beschlossen werden.

b) Geplante Nutzungen

Seit Maßnahmenbeginn im Februar 2010 hätten im Rahmen des Projektes "Soziale Stadt Setterich Nord" zahlreiche Einzelmaßnahmen begonnen, die nach Fertigstellung im "Haus Setterich" fortgeführt, ausgebaut und ergänzt werden sollen. Das "Haus Setterich" solle zum einen dazu dienen, das Stadtteilbüro (Stadtteilmanagement) mit seinem hauptamtlichen Personal, welches bislang in den Räumen in der Erbdrostenalle untergebracht ist, unterzubringen. Des Weiteren sollten hier und im angrenzenden Quartiersgarten künftig vorrangig Maßnahmen aus dem Integrierten Handlungskonzept "Soziale Stadt Setterich-Nord" durch- bzw. fortgeführt werden. Hierauf wäre bei Planung und Bau der Bürgerbegegnungsstätte besondere Rücksicht genommen worden.

Grundsätzlich sollten alle Räume flexibel nutzbar sein. Eine ausschließliche Nutzung einzelner Räume für nur eine(n) bestimmte(n) Nutzer(gruppe) solle grds. ausgeschlossen sein. Ausgenommen hiervon seien die Räume des Stadtteilmanagements DRK (Büro). Verschiedene Räume seien zudem von ihrer Ausstattung her bereits für einzelne Maßnahmen vorgesehen.

Die Teilhabe von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Geschlechts, Alters und Milieus solle gefördert und die jeweilige Lebenssituation und deren Ressourcen berücksichtigt werden.

In Setterich und dem Programmgebiet sei wie in ganz Baesweiler eine große Bereitschaft erkennbar sich ehrenamtlich einzubringen.

Die Maßnahmen in der Bürgerbegegnungsstätte sollen grds. allen Bewohnerinnen/Bewohnern unabhängig von ihren jeweiligen finanziellen Ressourcen zugänglich sein.

Seit Projektbeginn wurden die geäußerten Bedarfe zur Nutzung des Hauses von verschiedensten Gruppierungen und Institutionen (Vereine, beratende Institutionen, Behörden etc.) gesammelt und dokumentiert. Sie alle sollen nach Möglichkeit einen Platz in der Bürgerbegegnungsstätte finden, um so die Idee

einer zentralen Anlaufstelle zu verwirklichen.

So sei z.B. geplant, dass der Hauptwohnungseigentümer VIVAWEST (vormals: Evonik) seine Mietersprechstunden hier abhalten solle.

Das Amt für Kinder, Jugend und Familie der StädteRegion Aachen solle hier ebenfalls regelmäßige Sprechstunden abhalten. Schließlich sei an weitere Beratungs- und/oder Kursangebote verschiedener Träger.

Auch sollten die vielen Vereine und Gruppierungen aus Setterich in der Bürgerbegegnungsstätte einen Anlauf- und Veranstaltungsort finden.

Die Bereitstellung der Räumlichkeiten für Beratungsangebote und auch für Treffen und Veranstaltungen der Vereine und Gruppierungen solle dabei stets unentgeltlich -also mietfrei- erfolgen. Ggfs. sei daran gedacht eine geringe Aufwandspauschale hinsichtlich entstehender Nebenkosten (Strom, Wasser, Heizung) z.B. bei größeren Veranstaltungen zu erheben. Darüber hinaus sei bei größeren Veranstaltungen auch an die Erhebung einer Kautionsgedacht.

Daneben seien offene Angebote und Treffmöglichkeiten (Kaffeeklatsch, Kochnachmittage, Skattreff etc.) geplant. Gemeinsam mit ehrenamtlichen Kräften solle ein nicht kommerziell genutzter Bistrobereich entstehen, in dem sich die Bewohner ungezwungen begegnen können.

c) Zielgruppen

Schwerpunkt der Aktivitäten (insb. der einzelnen Maßnahmen aus dem Integrierten Handlungskonzept) seien Maßnahmen mit und für die Bewohner/innen des Programmgebietes. Daneben sollten aber auch solche Maßnahmen im Haus Setterich verwirklicht werden, die grundsätzlich auch die Bewohner/innen des gesamten Stadtteils Setterich und der gesamten Stadt ansprechen.

d) Erhoffte Wirkungen

Möglichst viele Bewohner/innen des Stadtteils, insbesondere des Programmgebietes, sollten das "Haus Setterich" nutzen und sich hier "zu Hause" fühlen und Mitverantwortung übernehmen.

Perspektivisch sei anzustreben, dass das Haus Setterich sich zu einem wichtigen Ausgangs- und Kristallisationspunkt eines funktionierenden Gemeinwesens entwickle, in dem das gemeinschaftliche Engagement, das Interesse und die Bereitschaft aktiv an der Verbesserung des Wohnumfeldes mitwirken zu wollen und die Bereitschaft und Fähigkeit zur Teilnahme am Vereins- und Gruppenleben im Stadtteil aktiv gefördert werden.

e) Beteiligung der Zielgruppen, Nutzerversammlung

Damit das Haus möglichst effektiv im Sinne der Projektziele genutzt wird, solle

von Anfang an darauf geachtet werden, dass die Beteiligung der Zielgruppen an den Planungen sichergestellt wird. Dies würde z.B. über die Einbindung relevanter Gruppen im Stadtteilbeirat geschehen. Des Weiteren sollten regelmäßig Nutzerversammlungen stattfinden, in denen sich die einzelnen Nutzergruppen austauschen sollen.

f) Rolle des Betriebsträgers DRK

Das DRK solle die Raumnutzung im "Haus Setterich" koordinieren und sei Anstellungsträger des eingesetzten Personals im Stadtteilmanagement und der (neu einzustellenden) Hausmeisterkraft. Außerdem führe das DRK die oben genannten und im Kooperationsvertrag aufgeführten einzelnen Maßnahmen im Projekt Soziale Stadt Setterich Nord in den Räumen des Hauses Setterich aus bzw. Sorge für deren Umsetzung. Es beschäftige im Rahmen der bewilligten Zuwendungen auch Honorarkräfte.

Das DRK solle Belegungspläne für die einzelnen Räume erstellen und die Nutzung durch die einzelnen Nutzergruppen koordinieren.

2. Betriebsträgervertrag

a) Nutzungsüberlassung

Dem DRK sollten als Betriebsträger Besitz und Nutzung an dem Gebäude, der Freifläche (Quartiersgarten) und den in den Räumlichkeiten befindlichen Gegenständen (Inventar) zum Zwecke des Betriebs einer Bürgerbegegnungsstätte unentgeltlich, mietzins- bzw. pachtzinsfrei zur zweckentsprechenden Nutzung überlassen werden.

b) Betrieb

Im Hinblick auf das zu erstellende Nutzungskonzept (s. oben) sollten hier nur einige grundsätzliche Dinge geregelt werden. Das Nutzungskonzept solle insofern zur Grundlage gemacht werden.

Das DRK solle im Haus Setterich eine Bürgerbegegnungsstätte als Gemeinbedarfseinrichtung betreiben.

Das Angebot solle grundsätzlich so gestaltet werden, dass es flexibel dem konkreten sozialräumlichen Bedarf entspricht und insbesondere der Verwirklichung der im Integrierten Handlungskonzeptes "Soziale Stadt Setterich-Nord" beschriebenen Maßnahmen und den im Zielsystem des Integrierten Handlungskonzeptes "Soziale Stadt Setterich-Nord" festgelegten Projektziele Rechnung trage.

Der DRK solle mit seinen im Stadtteilmanagement angestellten fachlichen Mitarbeitern einen sozialen Auftrag erfüllen, der die Bedürfnisse tatsächlicher und potentieller Besucher zum Ausgangspunkt für seine Arbeit nimmt und den Erfordernissen einer qualifizierten Stadtteilarbeit entspricht sowie das

Miteinander und den Austausch der Bewohnerinnen und Bewohner des Programmgebietes "Soziale Stadt Setterich-Nord" fördert.

Die Öffnungszeiten sollten so gestaltet werden, dass sie den Bedarfen der Bewohnerinnen und Bewohner des Programmgebietes "Soziale Stadt Setterich-Nord" gerecht werde.

c) Bereitstellung von Räumen für Vereine, Organisationen und Nutzergruppen

Auch hierzu sind im Hinblick auf das ausführliche Nutzungskonzept (siehe oben) nur einige grundsätzliche Dinge zu regeln.

Das DRK solle mit dem bereitstehenden Inventar für eine angemessene Ausgestaltung der Räume sorgen und insbesondere darauf achten, dass die Räumlichkeiten durch die Nutzer pfleglich behandelt und sauber hinterlassen werden. Eine Hausordnung, die allen Nutzern zur verbindlichen Beachtung auszuhändigen ist, sei gemeinsam mit der Stadt zu erstellen.

Des Weiteren solle das DRK die Nutzung und Belegung der Räumlichkeiten durch Vereine und andere Institutionen im Sinne konkret zu erstellender Belegungspläne für die einzelnen Räume in der Begegnungsstätte koordinieren und eigenverantwortlich abstimmen. Dabei seien Überschneidungen zu vermeiden und im Konfliktfall zu vermitteln.

Soweit es zu Beschwerden der Nachbarschaft aufgrund einer Nutzungsüberlassung an Vereine und/oder sonstige Nutzer kommt (z.B. wegen Lärmbeeinträchtigungen), solle die Stadt berechtigt sein, die Nutzungsüberlassung mit Wirkung für die Zukunft einseitig insgesamt auszuschließen ohne dass der Betriebsträger daraus irgendwelche Rechte, etwa auf Vertragsänderung, herleiten könnte.

Die teilweise oder gänzlich dauernde Überlassung (Untervermietung) des Hauses von Teilen des Hauses und/oder einzelner Räume und seiner Einrichtung an Dritte sei ausgeschlossen.

d) Unterhaltung des Gebäudes und der Freifläche

Die Stadt unterhalte als Eigentümerin das Gebäude und die dazugehörige Freifläche (Außenanlage, Quartiersgarten) auf eigene Kosten. Vorbehaltlich einer anderweitigen Regelung übernehme die Stadt die Reinigung des Gebäudes und der Fenster im Rahmen der städtischen Reinigungsverträge.

Unterhaltungs-, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten solle dabei das DRK (Hausmeister) in Absprache mit dem städtischen Hochbauamt übernehmen. Hierzu gehörten insbesondere das Beseitigen von Müll und Verschmutzungen im Gebäude und auf dem Gelände sowie die Rasenpflege und die Beseitigung von Unkraut.

e) Verkehrssicherungspflicht und Haftung

Das DRK solle die Verkehrssicherungspflichten bezüglich der Zuwege zum Gebäude und Freiflächen übernehmen.

Auch erscheine eine Regelung sinnvoll, nach der das DRK gegenüber der Stadt für alle Schäden, die durch Besucher, Mitarbeiter, Beauftragte und dergleichen an dem Vertragsobjekt einschließlich der Außenanlagen entstehen, haftet (soweit das DRK sich gegen diese Risiken versichern kann). Zudem solle die Stadt von Ersatzansprüchen Dritter freigestellt werden, die nicht im Rahmen von städtischen Veranstaltungen entstehen. Die Frage der Betriebshaftpflicht sei noch mit dem DRK abzuklären.

f) Hausrecht, Betretungsrecht

In den ihm überlassenen Räumen sowie im Bereich der überlassenen Außenanlagen solle das DRK das Hausrecht gegenüber allen anderen Nutzern der Begegnungsstätte ausüben. Zu diesem Zweck übertrage die Stadt das Hausrecht auf den Betriebsträger. Daneben blieben die Mitarbeiter der Stadt berechtigt, das Hausrecht auszuüben. Beauftragten und Mitarbeitern der Stadt sei es gestattet, das Haus jederzeit zu betreten und zu besichtigen. Des Weiteren sei die Stadt jederzeit berechtigt, auch Dritten den Zugang und die Besichtigung des Hauses zu gestatten, sofern hierdurch dringende Belange des Betriebsträgers nicht betroffen werden.

g) Vertragsdauer und Kündigung

Das Vertragsverhältnis solle mit Einzug beginnen und spätestens am 31.12.2013 (Ende des Förderzeitraums) enden.

Die Vertragsdauer solle an den jeweiligen Kooperationsvertrag zwischen der Stadt und dem DRK gebunden werden und endet im Falle einer Kündigung, vorzeitigen Beendigung oder Nichtverlängerung dieses Kooperationsvertrages automatisch, ohne dass es einer separaten Kündigung bedarf.

h) Rückgabe des überlassenen Objekts

Bei endgültiger Beendigung des Vertragsverhältnisses habe der Betriebsträger den ihm überlassenen Vertragsgegenstand in sauberem und vertragsgemäßen Zustand an die Stadt zurückzugeben. Alle Gegenstände, die seitens der Stadt oder durch den Betriebsträger aus durch die Stadt gewährten oder weitergeleiteten Mitteln bzw. mit Zuschüssen des Landes Nordrhein-Westfalen angeschafft wurden, seien bei Vertragsende der Stadt entschädigungslos zu übergeben bzw. zu übereignen und in der Bürgerbegegnungsstätte zu belassen.

i) Personelle Ausstattung, Finanzierung und Verwendungsnachweis

Der Betriebsträger habe die Verantwortung für die ordnungsgemäße Führung des Hauses Setterich in personeller, fachlicher und sachlicher Hinsicht.

Zur Deckung von Personalkosten und der Kosten für einzelne Maßnahmen aus dem "Integrierten Handlungskonzept Soziale Stadt Setterich-Nord" erhalte der Betriebsträger auf Grundlage des Kooperationsvertrages zwischen Stadt und DRK Zuwendungen aus Zuwendungsbescheiden der Stadt unter Weiterleitung der Landesmittel.

Die Rechnungslegung und die Erstellung und Einreichung von Verwendungsnachweisen für seitens der Stadt bereitgestellte bzw. weitergeleitete Mittel richte sich nach dem Kooperationsvertrag zwischen Stadt und DRK bzw. einem evtl. Verlängerungs- bzw. Änderungsvertrag. Eine weitergehende Bezuschussung sei nicht vorgesehen.

Herr Hendrik Schmitz von der CDU-Fraktion bedankte sich für die Ausführungen zur Sitzungsvorlage und merkte an, dass es nun darum ginge, dieses Haus mit Leben zu füllen. Er befürworte nutzerorientierte Öffnungszeiten und hoffe auf regen Besuch.

Die SPD-Fraktion, vertreten durch Frau Bockmühl, erwähnte, wie wichtig die Beteiligung der Nutzer sei. Man dürfe nämlich nicht vergessen, wie notwendig diese Beteiligung sei, wenn die Förderung ausliefe. Der schönste Synergieeffekt der erzielt werden könne, sei der, dass sich das Haus selber trage. Dass das Haus als Einrichtung so etabliert sei, dass die Vereine und Gruppierungen es auch dauerhaft mit Leben füllen.

Diesen Worten schloss sich Frau Esser-Beele von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an und hoch noch einmal hervor, wie wichtig es sei, dass dieses Angebot in Zukunft nicht nur vereinsgebundene Menschen ansprechen solle. Sie stellte einige Fragen zur Sitzungsvorlage. Zum einen ging es ihr dabei um die genaue Bedeutung der "Nutzungskonflikte". Zudem seien ihr die "Ausschließung der Nutzungsüberlassung" und das Thema "Hausrecht" unklar gewesen.

Herr Brunner brachte zur Erklärung des Punktes "Hausrecht" das Beispiel, dass, wenn jemand das Haus betrete, der sich nicht ordnungsgemäß verhalte, dass dieser des Hauses verwiesen werden könne. Da die Stadt Baesweiler Eigentümer dieser Einrichtung sei, obliege ihr normalerweise auch das Hausrecht. In diesem Fall müsse das Hausrecht jedoch auch auf die Mitarbeiter des DRK Stadtteilbüros Setterich übertragen werden, um dieses ausüben zu können. Es handele sich hierbei nicht um "doppeltes" Hausrecht. Dies bedeute lediglich, dass die Mitarbeiter der Stadt Baesweiler im Falle einer Veranstaltung, bei der die Mitarbeiter des Stadtteilbüros nicht mehr anwesend seien, auch ohne deren Mitspracherecht diese Entscheidungen treffen dürfe und umgekehrt.

Zum Punkt "Ausschließung der Nutzungsüberlassung" teilte Herr Brunner mit, dass diesbezüglich in erster Linie dafür Sorge getragen werden müsse, dass auch auf die Anwohner Rücksicht genommen werde. Käme es z.B. im Falle einer Veranstaltung zu einer Lärmbelästigung der Anwohner und damit zu einer Störung und habe man hier den Nutzern Abmahnungen ausgesprochen, müsse gewährleistet sein, dass man denjenigen Nutzern eine weitere Raumnutzung

untersagen könne.

Zum Thema "Nutzungskonflikte" erklärte Herr Brunner, dass, wenn z.B. zwei Vereine die Räumlichkeiten zum selben Zeitpunkt nutzen wollen, dass dann das Stadtteilbüro gemeinsam mit den Beteiligten nach einer Konfliktlösung suchen solle.

Frau Jumpertz von der FDP-Fraktion fragte abschließend, was passiere, wenn die Förderung ausliefe und sich das Haus nicht selber trage und stellte zu dem in der Sitzungsvorlage erwähnten letzten Satz "Eine weitere Bezuschussung ist nicht vorgesehen" die Frage, was wenn doch eine weitere Förderung nötig sei und wenn ja, woher diese dann käme. Hierzu erklärte Herr Brunner, dass sich der letzte Satz auf die laufende Finanzierung, die noch bis Ende 2013 liefe, beziehe. Damit sei gemeint, dass die Stadt Baesweiler nicht über die derzeit zugesagte Förderung durch das Land NRW und den städtischen Eigenanteil hinausginge. Um eine Tendenz abzugeben, sei es jedoch noch viel zu früh. Fraglich sei noch, wie der Fördergeber sich hinsichtlich einer eventuellen Anschlussfinanzierung entscheide. In der Förderkulisse habe sich zudem einiges geändert, fuhr der Beigeordnete fort. Man setze daher stark auf ehrenamtliche Mitarbeiter und hoffe zudem auf eine Verselbstständigung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen zur zukünftigen Nutzung des Hauses Setterich zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung einstimmig mit der Erarbeitung und Abstimmung entsprechender Entwürfe für einen Betriebsträgervertrag und -gemeinsam mit dem DRK- eines Nutzungskonzeptes, welches sodann im Stadtteilbeirat "Soziale Stadt Setterich Nord" vorgestellt und beraten werden solle.

5. Planungsstand zur Woche der Jugend 2012

Herr Brunner schilderte dem Ausschuss für Jugend und Soziales den aktuellen Planungsstand der Woche der Jugend 2012, die in der Zeit vom 06.06.2012 bis 13.06.2012 stattfände.

Im Rahmen der Woche der Jugend seien neben verschiedener Einzelveranstaltungen u.a. zwei Großveranstaltungen geplant. Den Auftakt der Woche der Jugend bilde in diesem Jahr das Finale des Nachwuchsband-Wettbewerbs "CAP Music Contest" am 06.06.2012 im CarlAlexanderPark. Im Malteser Jugendtreff Setterich fänden dazu drei Vorauswahlkonzerte statt, bei denen sich 8 Bands für das Open Air-Finale am CAP qualifizieren dürften. Der große Lach-Möwen-Löwen-Tag am Kirchvorplatz in Baesweiler am 13.06.2012, werde in gewohnter Form stattfinden. In diesem Jahr habe man sich jedoch aufgrund der Europameisterschaft dazu entschieden, den Tag um eine Stunde zu kürzen, sodass die Veranstaltung voraussichtlich bereits um 17:00 Uhr ende. Die Verwaltung freue sich über eine rege Beteiligung möglichst vieler Baesweiler Vereine und Schulen im Rahmen der Woche der Jugend. Er merkte an, dass bereits die Informationen bezüglich der Woche der Jugend an die Schulen, Vereine und Institutionen zugestellt wurden.

Herr Brunner erwähnte zudem den Lucky-Leo-Cup für Kinder und Jugendliche, der auch in diesem Jahr auf dem Jugendcamp des CarlAlexanderParks stattfinden solle.

Der Lucky-Leo-Cup sei inzwischen ein wichtiger Bestandteil der Woche der Jugend geworden, an dem auch viele Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund teilnahmen.

Darüber hinaus kündigte Herr Brunner den auch in diesem Jahr stattfindenden Mädchentag im Jugendcafé Baesweiler und den Skater-Treff am Malteser Jugentreff Setterich an. Der Mädchentag solle, wie auch im letzten Jahr, in Kooperation mit der Gleichstellungsbeauftragten sowie der Senioren-Werkstatt Baesweiler e.V. stattfinden, was sich bereits im vergangenen Jahr bewährt habe, und in besonderem Maße dem Mehrgenerationengesichtspunkt Rechnung getragen habe.

Herr Hendrik Schmitz von der CDU-Fraktion lobte die Woche der Jugend als alljährliches Highlight in Baesweiler. Es sei toll, dass den Teilnehmern ebenfalls generationsübergreifende Aktionen angeboten würden und bedankte sich bei der Verwaltung für die professionelle Durchführung. Auf die Frage, wieviele Anmeldungen inzwischen für den CAP Music Contest eingegangen seien, erklärte Herr Brunner, dass sich bisher 6 Bands beworben hätten, wobei die Werbung für den Bandwettbewerb auf Hochtouren laufe. Die Verwaltung sei guter Dinge, dass sich bis zum Anmeldeschluss noch viele weitere Bands anmelden würden.

Herr Fritsch und Frau Bockmühl von der SPD-Fraktion machten den Vorschlag, dass der Lach-Möwen-Löwen-Tag evtl. in Zukunft auch mal nach Setterich in den Burgpark verlagert werden solle, damit auch die anliegenden Orte etwas stärker einbezogen würden. Herr Brunner sagte zu, dass dies auf Wunsch des Plenums geprüft werden könne und man den Vorschlag gerne in der Herbstsitzung noch einmal aufgreifen könne.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen zum Planungsstand zur Woche der Jugend 2012 einstimmig zur Kenntnis.

6. Baesweiler Familienspielefest; hier: Rückblick 2011 und Planung 2012

Am 26. und 27. November 2011 habe die Stadt Baesweiler zum 16. Mal das Familienspielefest veranstaltet, so der Beigeordnete Brunner. Es sei auch in 2011 wieder in Zusammenarbeit mit FamilyGames ein tolles Programm für Jung und Alt auf die Beine gestellt worden, so Herr Brunner weiter. Ein besonderer Programmpunkt sei der Schulcup am Samstagnachmittag gewesen, bei dem Baesweiler Grundschulen gegeneinander angetreten wären und tolle Preise für die jeweilige teilnehmende Klasse gewonnen hätten.

Am Ende des Veranstaltungswochenendes habe es wieder eine Verlosung gegeben, bei der tolle Sachpreise verlost worden wären, die von FamilyGames und von der Senioren-Werkstatt Baesweiler e.V. bereitgestellt worden wären. Die Einnahmen seien der "Aktion Engel" gespendet worden. Auch die Besucherzahlen seien im Vergleich zu den Vorjahren etwas gestiegen, sodass die Verwaltung eine erneute Veranstaltung für das Jahr 2012 befürworte. Herr Brunner stellte dar, dass als Termin für das nächste Familienspielefest in der Aula der Realschule Setterich unter Berücksichtigung der zahlreichen Veranstaltungstermine in Baesweiler das Wochenende 27/28.10.2012 ins Auge gefasst würde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Soziales nahm die Ausführungen zum 16. Familienspielefest zustimmend zur Kenntnis und beauftragte einstimmig die Verwaltung, auch in 2012 ein Familienspielefest vorzubereiten.

7. Freibadbus

Der Beigeordnete Brunner fasste kurz die in der Sitzung vom 22.11.2011 unter TOP 8 bereits vorgestellte Resonanz des Einsatzes des Freibadbusses 2011 zusammen. Er stellte nochmals fest, dass der Freibadbus lediglich an 3 Tagen zum Einsatz gekommen sei, insgesamt nur 9 Personen befördert wurden und das Defizit für den Freibadbus 472,50 Euro betragen habe.

Herr Brunner trug den Ausschussmitgliedern das Ergebnis der Beratung im Jugendparlament am 29.02.2012 vor.

Erstaunlicherweise habe es viele Jugendliche gegeben, die den Freibadbus, trotz intensiver Öffentlichkeitsarbeit im Internet und in der Zeitung, nicht kannten. Nach den erklärenden Worten hätten sich die Jugendlichen mehrheitlich für den Freibadbus ausgesprochen, wobei viele auch Unentschiedenheit signalisierten.

Herr Brunner erläuterte, dass die Verwaltung über das Jugendparlament hinaus, Fragebögen in den Rathäusern auslegen und auch im Stadtinfo veröffentlichen sowie auch die Schulen anschreiben wolle, um ein möglichst breites Meinungsbild zu erhalten.

Auf Anfrage von Frau Bockmühl der SPD-Fraktion, welchen Beschlussvorschlag die Verwaltung dem Ausschuss für Jugend und Soziales unterbreiten wolle, wurde seitens Herrn Brunner folgender Beschlussvorschlag unterbreitet:

"Der Jugend- und Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, unter den Jugendlichen eine Umfrage -unter Beteiligung der Schulen- durchzuführen ob der Freibadbus in diesem Sommer fahren soll und wenn ja, nach Merkstein oder nach Übach-Palenberg."

Frau Bockmühl erwähnte daraufhin, dass der Freibadbus bereits im Sommerferienplaner aufgeführt sei. Herr Brunner erklärte, dass dieses Angebot -wie in den vergangenen Jahren- dort vorsorglich aufgenommen worden sei.

Aktuelle Informationen stünden auf der Internetseite der Stadt Baesweiler in den Sommerferien täglich zur Verfügung, da die Fahrten auch wetterabhängig aktualisiert werden müssten.

Herr Hendrik Schmitz von der CDU-Fraktion machte deutlich, dass die Umfrage an die Jugendlichen durchaus sinnvoll sei, da so auch tatsächlich der Wille der Jugendlichen berücksichtigt würde.

Frau Bockmühl von der SPD-Fraktion sprach sich jedoch gegen die Weiterführung des Freibadbusses aus, denn im Jugendparlament seien ihrer Meinung nach nicht genügend Jugendliche für den Freibadbus gewesen bzw. man habe dort gesehen, dass sogar viele Jugendliche den Freibadbus gar nicht kannten. Das angesetzte Geld sei daher an einer anderen Stelle besser angelegt.

Herr Brunner legte dar, dass die Zuständigkeit für Entscheidungen zum Freibadbus beim Kultur- und Partnerschaftsausschuss liege. Je nach dem, welches Ergebnis die Umfrage liefere, werde dort über die Fortführung des Angebotes beraten werden müssen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Jugend und Soziales beauftragt die Verwaltung bei 12 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mit einer Umfrage unter den Jugendlichen in Baesweiler – auch über die Schulen- zum Freibadbus, ob der Bus auch im Jahr 2012 fahren soll und –wenn ja- ins Freibad nach Merkstein oder nach Übach-Palenberg.

8. Mitteilungen der Verwaltung

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Frau Esser-Beele bat um einen aktuellen Sachstand zum in der letzten Sitzung angesprochenen Härtefallfonds "Alle Kinder essen mit".

Frau Breuer erklärte daraufhin, dass es bei den bereits erwähnten 5 Anträgen aus dem Asylbereich geblieben sei. Nur ein Antrag habe außerhalb des Asylbereichs vorgelegen, der evtl. für den Härtefallfonds in Frage gekommen wäre. In diesem Fall habe das Einkommen jedoch deutlich die Einkommensgrenze überschritten, sodass der Antrag abgelehnt werden musste. Die meisten Kinder und Jugendlichen aus bedürftigen Familien seien über das Bildungs- und Teilhabepaket erfasst worden.

Frau Esser-Beele führte zudem aus, dass die Realschule in Kooperation mit der Handwerkskammer Aachen seit einem knappen Jahr das Projekt 14 plus durchführe. Dieses Projekt sei angebunden an die Gebietskulisse "Soziale Stadt". Sie verteilte einige Informationsbroschüren und bot den Ausschussmitgliedern an, in der Herbstsitzung über dieses Integrationsprojekt ausführlich zu informieren.